



# INSOLVENZEN IN DEUTSCHLAND

**Jahr 2022**



## INHALT

## SEITE

<b>1</b>	<b>Insolvenzen</b>	<b>1</b>
1.1	Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2022	1
1.2	Verluste und Schäden durch Insolvenzen	4
1.3	Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste	5
1.4	Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter	6
1.5	Insolvenzen nach Rechtsformen	9
1.6	Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen	10
1.7	Regionale Insolvenzentwicklung	13
1.8	Großinsolvenzen	14
<b>2</b>	<b>Sonderthema: Schuldentragfähigkeit und Zinswende</b>	<b>19</b>
<b>3</b>	<b>Zusammenfassung</b>	<b>23</b>



## ■ 1 Insolvenzen

### 1.1 Die Insolvenzzahlen für Deutschland im Jahr 2022

Die deutsche Wirtschaft war auch in den zurückliegenden 12 Monaten im Krisenmodus. Noch zu Jahresbeginn beeinträchtigte die Corona-Pandemie mit entsprechenden Eindämmungsmaßnahmen das Wirtschaftsgeschehen hierzulande. Nach einer kurzen Phase der Konjunkturerholung im Frühjahr begann mit dem Einmarsch Russlands ins Nachbarland Ukraine die nächste Wirtschaftskrise. Sanktionen der europäischen Staatengemeinschaft gegen den Aggressor, vor allem aber Preisexplosionen und Unsicherheiten auf den Energiemärkten, bremsten den Konjunkturaufschwung und führten zu einer massiven Verschlechterung der konjunkturellen Rahmenbedingungen für die deutsche Wirtschaft. Unternehmen spüren diese Energiekrise vor allem in Form von deutlichen Kostensteigerungen und Knappheiten, Konsumenten in Form von Inflationsraten, die seit mehr als 40 Jahren nicht mehr verzeichnet worden waren. Im Oktober stiegen die Verbraucherpreise um mehr als 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Insgesamt sind die Belastungen sowohl für die Unternehmen als auch für die privaten Verbraucher enorm erhöht. Die Bundesregierung versucht, mit mehreren Entlastungspaketen die Energiekostenexplosion abzumildern (Stichwort: „Gaspreisbremse“).

Das Insolvenzgeschehen in Deutschland wurde durch die neuerliche Krisensituation bisher nur zum Teil beeinflusst. Einerseits sind Insolvenzen stets ein der Konjunktur nachgelagerter Indikator, die Folgen der Energiekrise werden in ihrem ganzen Ausmaß demnach erst in den nächsten Monaten sichtbar werden. So kommen die Preissteigerungen bei der Energie erst jetzt zunehmend bei den Verbrauchern an – etwa, weil noch längerfristige Lieferverträge existierten. Andererseits wirken weitere Effekte nach – z. B. die Konsumzurückhaltung während der Corona-Zeit und die Gesetzesänderung bei den Privatinsolvenzen 2020 – und dämpfen das Insolvenzgeschehen vor allem bei den privaten Verbrauchern.

*Energiekrise folgt auf Corona-Pandemie*

*Energiekostenexplosion bisher mit wenig Einfluss*

Insgesamt wurden im laufenden Jahr 104.800 Insolvenzverfahren in Deutschland registriert. Das waren deutlich weniger Fälle als im Vorjahr (2021: 121.190), als die Zahlen bei den Verbraucherverfahren sprunghaft angestiegen waren. Der rückläufige Trend bei den Fällen ist insbesondere dem Rückgang der Verbraucherinsolvenzen (minus 17,3 Prozent) und der sonstigen Insolvenzen (minus 11,9 Prozent) geschuldet. Nach den Erleichterungen für Privatpersonen bei der Restschuldbefreiung waren die Verfahren im Vorjahr stark angestiegen. Dieser Aufholeffekt ist mittlerweile abgeebbt und auch die aktuelle Energiekrise hat zunächst noch keine negative Auswirkung. Anders ist es hingegen bei den Unternehmen – hier deutet sich eine Trendwende an. Nach dem jahrelangen Rückgang der Unternehmensinsolvenzen war 2022 erstmals wieder ein Zuwachs festzustellen, der allerdings noch moderat ausfiel (plus 4,0 Prozent).

**Tab. 1: Insolvenzverfahren in Deutschland**

■	Gesamtinsolvenzen		Unternehmensinsolvenzen		Verbraucherinsolvenzen		sonstige Insolvenzen **)	
2013	141.590	- 6,1%	26.120	- 9,1%	91.360	- 6,8%	24.110	+ 0,3%
2014	135.020	- 4,6%	24.030	- 8,0%	86.460	- 5,4%	24.530	+ 1,7%
2015	127.570	- 5,5%	23.180	- 3,5%	80.220	- 7,2%	24.170	- 1,5%
2016	122.590	- 3,9%	21.560	- 7,0%	77.260	- 3,7%	23.770	- 1,7%
2017	115.710	- 5,6%	20.140	- 6,6%	71.960	- 6,9%	23.610	- 0,7%
2018	109.930	- 5,0%	19.410	- 3,6%	67.740	- 5,9%	22.780	- 3,5%
2019	104.360	- 5,1%	18.830	- 3,0%	62.810	- 7,3%	22.720	- 0,3%
2020	76.730	- 26,5%	16.040	- 14,8%	42.300	- 32,7%	18.390	- 19,1%
2021	121.190	+ 57,9%	14.130	- 11,9%	78.920	+ 86,6%	28.140	+ 53,0%
2022 *)	104.800	- 13,5%	14.700	+ 4,0%	65.300	- 17,3%	24.800	- 11,9%

\*) von Creditreform geschätzt

\*\*\*) sonstige Insolvenzen: ehemals selbstständig Tätige, natürliche Personen als Gesellschafter, Nachlässe

Auf die zwei unterschiedlichen Entwicklungstrends des Insolvenzgeschehens ist nun näher einzugehen. Zunächst zur Entwicklung der Unternehmensinsolvenzen.

Die Kostenexplosion bei Energieträgern wie Gas und Öl – und im Nachgang auch bei weiteren Vorleistungsgütern und Dienstleistungen – haben etliche Unternehmen unmittelbar und massiv getroffen. Viele Unternehmen hatten noch unter den Folgen der Corona-Krise zu leiden und das konjunkturelle Umfeld für die deutsche Wirtschaft begann sich erst im ersten Quartal 2022 zaghaft aufzuhellen. Wirtschaftsbereiche wie Handel, Gastronomie sowie die Reise- und Unterhaltungsbranche zeigten nach Jahren der Konjunkturschwäche erste spürbare Erholungszeichen. Der Krieg in der Ukraine setzte dieser Konjunkturoptimierung ein jähes Ende. Die bereits bestehenden Preissteigerungstendenzen wurden durch die Energiekrise nochmals verstärkt. Rasante Kostensteigerungen und Versorgungsengpässe brachten viele Unternehmen an die Belastungsgrenze, teilweise musste die Produktion eingeschränkt oder eingestellt werden, weil diese nicht mehr rentabel war. Vor allem die Zinswende an den Kapitalmärkten – nach einer Phase der jahrelangen Niedrig- oder Nullzinspolitik – könnte ein „Game-Changer“ sein. Zusammen mit einer anhaltenden Energiepreiskrise könnte eine neue Insolvenzwelle (insbesondere bei KMU) ausgelöst werden und sogenannten „Zombie-Unternehmen“, deren Geschäftsmodell nur aufgrund der speziellen Bedingungen der letzten Jahre funktionierte, ein Ende bereiten.

**Belastungen steigen – Unternehmensinsolvenzen nehmen zu**

Die staatlichen Hilfsmaßnahmen verhinderten in den letzten Jahren einen Anstieg der Insolvenzzahlen. Und mehr noch: Sie führten zu einem paradoxen Rückgang der Fälle. Die Energiekrise könnte dafür sorgen, dass sich die Zahlen wieder normalisieren. Der Rückgang der Vorjahre setzte sich 2022 demnach nicht fort und die Talsohle scheint erreicht: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen stieg leicht um 4,0 Prozent auf 14.700 Fälle. Noch im Vorjahr (14.130 Fälle) wurde der niedrigste Wert seit Einführung der Insolvenzordnung (InsO) im Jahr 1999 registriert.

Dennoch: Im historischen Vergleich bleibt auch die aktuelle Zahl der Unternehmensinsolvenzen auf einem sehr niedrigen Niveau. Noch vor zehn Jahren lag

die jährliche Zahl der insolventen Unternehmen um mehr als 10.000 Fälle höher.

### ***Klarer Rückgang bei den Verbraucherinsolvenzen***

Der zweite große Entwicklungstrend im Kalenderjahr 2022 betraf die Verbraucherinsolvenzen. Nachdem im Vorjahr noch 78.920 private Verbraucher ihre Zahlungsunfähigkeit erklärten, nahm die Zahl der Insolvenzmeldungen nun spürbar ab. So waren im Jahresverlauf 2022 noch 65.300 Fälle zu verzeichnen (minus 17,3 Prozent). Der Ansturm nach der Gesetzesnovelle Ende 2020 (Verkürzung der Restschuldbefreiung) ist mittlerweile vorbei und hat nicht zu einer strukturellen Erhöhung der Fallzahlen geführt. Auch blieben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die Verbraucher 2022 insgesamt stabil. Der Arbeitsmarkt reagierte bisher nicht auf die neue Krise. Auch wirken die Verhaltensänderungen infolge der Corona-Eindämmungsmaßnahmen im positiven Sinne nach. So waren die Verbraucher in den letzten Jahren coronabedingt weniger Zahlungsverpflichtungen eingegangen und die Sparquote war gestiegen. Diese positiven Effekte sind zum Teil mittlerweile wieder verpufft. Abzuwarten bleibt, wie groß die Belastungen für die Verbraucher aus der Energiekrise – trotz staatlicher Hilfspakete – sein werden.

## **1.2 Verluste und Schäden durch Insolvenzen**

### ***Gläubigerschäden hoch, aber kein Rekordniveau***

Die außergewöhnlich hohe Schadenssumme im Vorjahr von mehr als 50 Mrd. Euro wurde diesmal nicht wieder erreicht. Infolge von Unternehmensinsolvenzen sind im ablaufenden Jahr Schäden von schätzungsweise 36 Mrd. Euro entstanden. Dabei hat die leicht gestiegene Zahl an Insolvenzmeldungen die Schadenssumme erhöht. Gleichzeitig waren aber auch Großinsolvenzen zu verzeichnen, die für ein hohes Schadensaufkommen sorgen (vgl. Kap. 1.8). Im Durchschnitt summieren sich die ausfallbedrohten Forderungen auf etwa 2,5 Millionen Euro pro Insolvenzfall. In den meisten Fällen war das Schadensvolumen allerdings erheblich geringer.

**Tab. 2: Schäden durch Unternehmensinsolvenzen in Deutschland in Mrd. Euro**

■	je Insolvenzfall (in Euro)	Gesamt
2013	724.000	26,9
2014	782.000	26,1
2015	565.000	19,6
2016	909.000	27,5
2017	998.000	27,1
2018	721.000	20,1
2019	1.248.000	23,5
2020	2.656.000	42,6
2021	3.609.000	51,0
2022 *)	2.449.000	36,0

\*) von Creditreform geschätzt

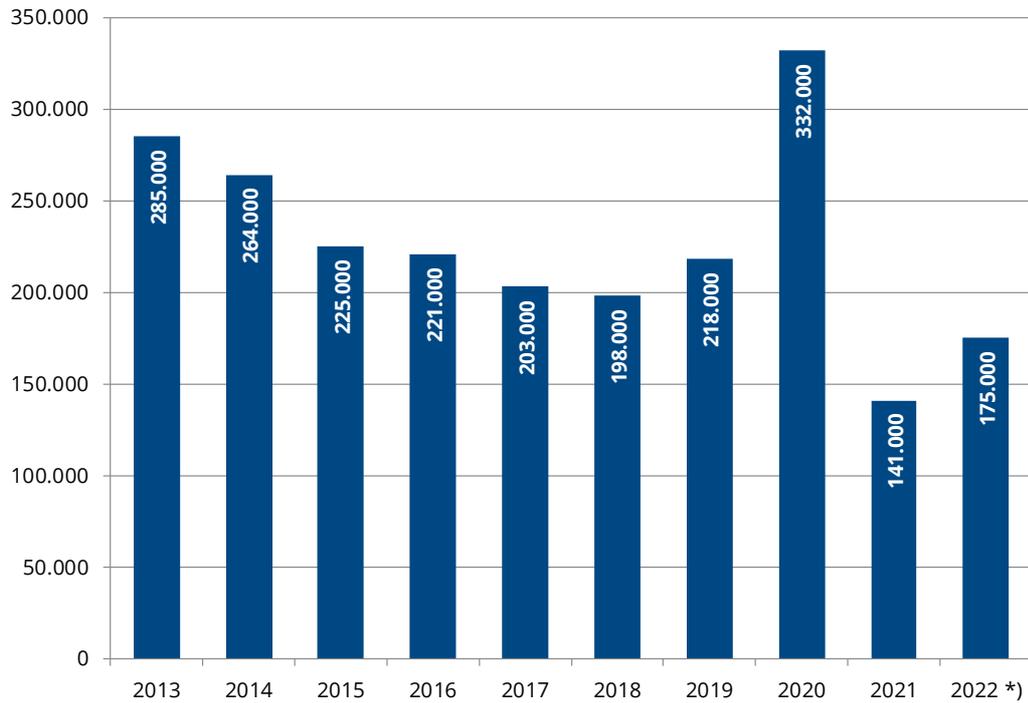
Da ein Teil der Forderungen von den Gläubigern verspätet oder gar nicht angezeigt wird, muss die Schadenssumme als Schätzung verstanden werden. Gleichzeitig können Gläubigerforderungen im Verlauf des Insolvenzverfahrens ganz oder teilweise noch befriedigt werden. Allerdings zeigen einschlägige Untersuchungen, dass Gläubiger meist weitgehend leer ausgehen und auf einen Großteil ihrer Forderungen verzichten müssen.

### 1.3 Insolvenzen und Arbeitsplatzverluste

Bei den Arbeitsplatzverlusten bzw. den insolvenzbedingt bedrohten Arbeitsplätzen zeigt sich ein Anstieg. Nach dem deutlichen Rückgang im Vorjahr sind in den diesjährigen Unternehmensinsolvenzen bundesweit rund 175.000 Stellen bedroht bzw. bereits weggefallen. Das sind 34.000 Arbeitsplätze mehr als im Vorjahreszeitraum. Neben den betroffenen Arbeitnehmern in den insolventen Unternehmen selbst werden auch weggefallene Stellen in die Schätzung einbezogen, die im Vorfeld der Insolvenz bereits abgebaut worden sind.

**Mehr als 170.000 Arbeitsplätze abgebaut**

**Abb. 1: Gesamtarbeitsplatzverluste insolventer Unternehmen in Deutschland**



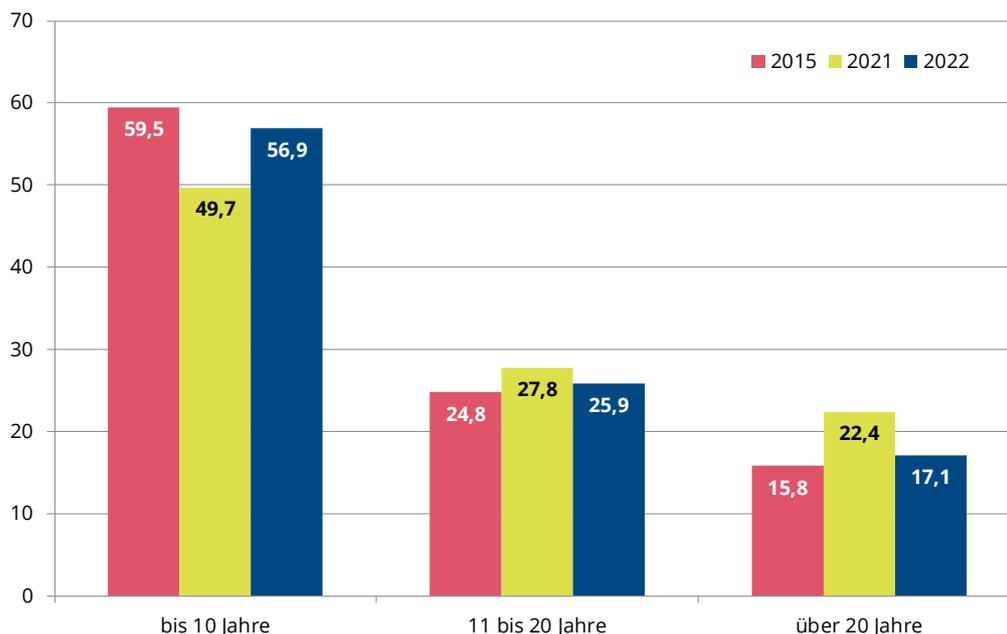
\*) von Creditreform geschätzt

#### 1.4 Insolvenzen nach Unternehmensgröße und Alter

##### *Jüngere Unternehmen betroffen*

Stärker als im Vorjahr waren jüngere Unternehmen von einer Insolvenz betroffen. Der Anteil der Unternehmen mit einem Alter von bis zu 10 Jahren erhöhte sich binnen eines Jahres von knapp 50 auf rund 57 Prozent. Dabei dürfte der niedrige Vorjahreswert seine Ursache auch in der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht haben, die bis Ende April 2021 galt und das Insolvenzgeschehen vor allem bei jungen Unternehmen beeinflusst haben wird. Gleichzeitig verringerte sich der Anteil der Altersklasse der über 20 Jahre alten Unternehmen von 22,4 auf 17,1 Prozent. Dennoch sind ältere und bereits etablierte Unternehmen weiterhin verhältnismäßig stärker betroffen als beispielsweise 2015. Damals lag dieser Anteil bei 15,8 Prozent. Ein Erklärungsansatz: Aufgrund des jahrelang rückläufigen Gründungsgeschehens hat sich das Alter eines durchschnittlichen Unternehmens in Deutschland erhöht. Damit sind auch Insolvenzkandidaten älter geworden.

**Abb. 2: Insolvenzen nach Unternehmensalter**



Angaben in Prozent

**Tab. 3: Insolvenzen nach Unternehmensalter 2022**

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
0 bis 2 Jahre	1.240 (1.030)	8,4 ( 7,3)	+ 20,4
3 bis 4 Jahre	2.100 (1.670)	14,3 (11,8)	+ 25,7
5 bis 6 Jahre	2.150 (1.710)	14,6 (12,1)	+ 25,7
7 bis 8 Jahre	1.630 (1.430)	11,1 (10,1)	+ 14,0
9 bis 10 Jahre	1.250 (1.190)	8,5 ( 8,4)	+ 5,0
11 bis 12 Jahre	1.040 (1.050)	7,1 ( 7,4)	- 1,0
13 bis 14 Jahre	870 ( 850)	5,9 ( 6,0)	+ 2,4
15 bis 16 Jahre	660 ( 760)	4,5 ( 5,4)	- 13,2
17 bis 18 Jahre	680 ( 710)	4,6 ( 5,0)	- 4,2
19 bis 20 Jahre	560 ( 570)	3,8 ( 4,0)	- 1,8
über 20 Jahre	2.520 (3.160)	17,1 (22,4)	- 20,3

( ) = Vorjahresangaben

In allen jüngeren Unternehmensaltersklassen war ein Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Dieser Anstieg betrug teilweise über 20 Prozent gegenüber dem Vorjahr (vgl. Tab. 3). Auffällig war ferner ein leichtes Minus der Insolvenzen in der Altersklasse der 11- bis 12-jährigen Unternehmen. Einen deutlichen prozentualen Rückgang von rund 20 Prozent gab es

hingegen in der Altersklasse der über 20-jährigen Unternehmen.

**Anstieg bei großen Unternehmen**

Unterteilt nach Größensegmenten ist festzuhalten: Zuwächse bei den Insolvenzmeldungen gab es insbesondere bei sehr großen Unternehmen. Ein prominentes Beispiel in diesem Jahr ist GALERIA Karstadt Kaufhof – weitere Fälle sind im Abschnitt 1.8 aufgeführt. Aber auch bei mittelgroßen Unternehmen, die gemäß HGB-Definition im Jahresdurchschnitt zwischen 51 und 250 Mitarbeiter aufweisen, erhöhten sich die Insolvenzzahlen deutlich (plus 33,3 Prozent). Zudem stiegen die Fallzahlen bei Kleinunternehmen (laut Definition mit bis zu 50 Beschäftigten) spürbar (plus 29,2 Prozent). Die Insolvenzen bei Kleinstfirmen mit im Jahresdurchschnitt höchstens 10 Beschäftigten, nahmen lediglich um 0,7 Prozent zu. Dieses Größensegment (u. a. kleine Ladengeschäfte, Gastronomie etc.) wurde während der Corona-Zeit stark gefordert. Entsprechend stiegen schon im Vorjahr gegen den damaligen Trend die Zahlen. Aktuell scheint sich das Insolvenzgeschehen bei Kleinstunternehmen nicht beschleunigt zu haben. Mit über 85 Prozent macht diese Größenklasse aber nach wie vor das Gros des Insolvenzgeschehens in Deutschland aus.

**Tab. 4: Insolvenzen nach Mitarbeitergrößenklassen 2022 \*) für Deutschland**

■	absolut	%-Anteil	%-Veränderung zum Vorjahr
bis 10	12.610 (12.520)	85,8 (88,6)	+ 0,7
11 bis 50	1.680 ( 1.300)	11,4 ( 9,2)	+ 29,2
51 bis 250	360 ( 270)	2,4 ( 1,9)	+ 33,3
mehr als 250	50 ( 40)	0,4 ( 0,3)	+ 25,0

\*) von Creditreform geschätzt; ( ) = Vorjahresangaben

Die Einteilung der Größenklassen erfolgte in der aktuellen Analyse analog der HGB-Größenklassen. Damit ist die Vergleichbarkeit mit früheren Veröffentlichungen nur eingeschränkt möglich.

#### **Umschreibung der Größenklassen (angelehnt an das Handelsgesetzbuch § 267)**

- (1) **Kleinstunternehmen** sind solche, die mindestens zwei der drei nachstehenden Merkmale nicht überschreiten:
1. 350.000 Euro Bilanzsumme.
  2. 700.000 Euro Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag.
  3. Im Jahresdurchschnitt zehn Arbeitnehmer.
- (2) **Kleine Unternehmen** sind solche, die mindestens zwei der drei in Absatz 1 bezeichneten Merkmale überschreiten und jeweils mindestens zwei der drei nachstehenden Merkmale nicht überschreiten:
1. 6.000.000 Euro Bilanzsumme.
  2. 12.000.000 Euro Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag.
  3. Im Jahresdurchschnitt fünfzig Arbeitnehmer.
- (3) **Mittelgroße Unternehmen** sind solche, die mindestens zwei der drei in Absatz 2 bezeichneten Merkmale überschreiten und jeweils mindestens zwei der drei nachstehenden Merkmale nicht überschreiten:
1. 20.000.000 Euro Bilanzsumme.
  2. 40.000.000 Euro Umsatzerlöse in den zwölf Monaten vor dem Abschlussstichtag.
  3. Im Jahresdurchschnitt zweihundertfünfzig Arbeitnehmer.
- (4) **Große Unternehmen** sind solche, die mindestens zwei der drei in Absatz 3 bezeichneten Merkmale überschreiten. Eine Kapitalgesellschaft im Sinn des § 264d gilt stets als große.

## **1.5 Insolvenzen nach Rechtsformen**

Mit einem Anteil von 44,1 Prozent waren Unternehmen der Rechtsformen „Gewerbebetrieb“, „Einzelunternehmen“ und „Freie Berufe“ zusammen erneut am stärksten von Insolvenz betroffen. Mit einem Anteil von 38,3 Prozent folgt die GmbH. Dabei verzeichnet diese Rechtsform einen höheren Anteil am nationalen Insolvenzgeschehen als im Vorjahr. Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Zuwachs der Insolvenzzahlen im Mittelstand. Weiter erhöht hat sich der Anteil der UG (von 10,6 auf 11,4 Prozent). Nahezu jede neunte Unternehmensinsolvenz in Deutschland betrifft demnach ein Unternehmen, das als UG firmiert. Dabei hat diese Rechtsform am gesamten Unternehmensbestand in Deutschland nur einen geringen Anteil von rund 4 Prozent.

*GmbH ausfallgefährdeter als im Vorjahr*

**Tab. 5: Unternehmensinsolvenzen nach Rechtsformen**

■	2022	2021
Gewerbebetrieb / Einzelunternehmen / Freie Berufe	44,1	45,2
GmbH	38,3	37,6
UG (haftungsbeschränkt)	11,4	10,6
GmbH & Co. KG	3,6	4,0
GbR	0,7	0,6
sonstige Rechtsformen	0,4	0,5
Verein	0,6	0,6
AG	0,6	0,5
KG	0,2	0,2
OHG	0,1	0,1
eG	0,1	0,1

Angaben in Prozent

## 1.6 Insolvenzen in den Wirtschaftsbereichen

### Verarbeitendes Gewerbe schon im Krisenmodus

Deutliche Anstiege der Insolvenzmeldungen waren im Verarbeitenden Gewerbe (plus 15,2 Prozent) sowie im Baugewerbe (plus 17,3 Prozent) zu verzeichnen. Auch im Dienstleistungsgewerbe (plus 2,9 Prozent) überschritt die Zahl der Insolvenzen den Vorjahreswert. Allein im Handel waren die Insolvenzzahlen nochmals rückläufig (minus 5,8 Prozent). Häufiger als in anderen Wirtschaftsbereichen erfolgt die Insolvenz der oftmals als Kleinstunternehmen tätigen Händler im Zuge eines vereinfachten Insolvenzverfahrens analog einer Privatinsolvenz und fließt deshalb nicht in die Unternehmensstatistik ein.

**Tab. 6: Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen 2022 \*)**

■	absolut	%-Anteil am gesamten Insolvenzaufkommen	%-Veränderung zum Vorjahr
Verarb. Gewerbe	1.060 ( 920)	7,2 ( 6,5)	+ 15,2
Baugewerbe	2.440 (2.080)	16,6 (14,7)	+ 17,3
Handel	2.750 (2.920)	18,7 (20,7)	- 5,8
Dienstleistungen	8.450 (8.210)	57,5 (58,1)	+ 2,9

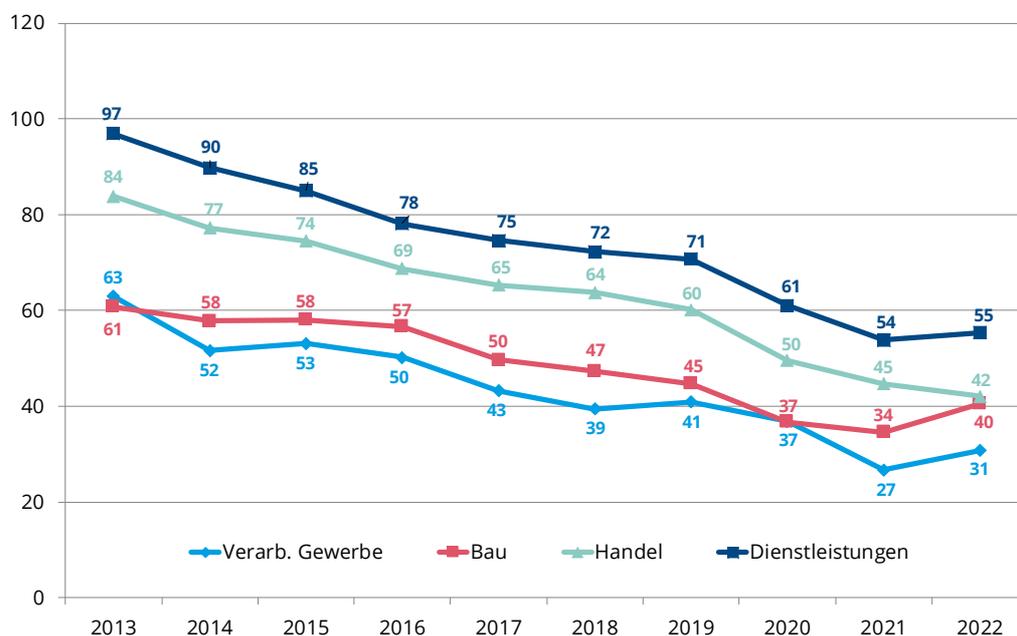
\*) von Creditreform geschätzt; ( ) = Vorjahresangaben

Mit 8.450 Insolvenzen war das Dienstleistungsgewerbe einmal mehr der Wirtschaftsbereich mit dem größten Anteil am Insolvenzgeschehen (57,5 Prozent).

Die Trendumkehr in der Insolvenzentwicklung zeigt sich auch in der folgenden Abbildung. Allerdings: Trotz des aktuellen Anstiegs der Zahlen im Verarbeitenden Gewerbe, im Baugewerbe sowie im Dienstleistungsgewerbe ist das jährliche Insolvenzaufkommen weiterhin deutlich geringer als im Referenzjahr (2006). So wurden beispielsweise im Dienstleistungsgewerbe im ablaufenden Jahr etwa halb so viele Insolvenzen registriert wie vor 15 Jahren. In den übrigen Wirtschaftsbereichen sind die Zahlen in diesem Zeitraum sogar noch stärker rückläufig.

### Trendumkehr in den meisten Wirtschaftsbereichen

**Abb. 3: Entwicklung der Insolvenzen in den Hauptwirtschaftsbereichen \*)**

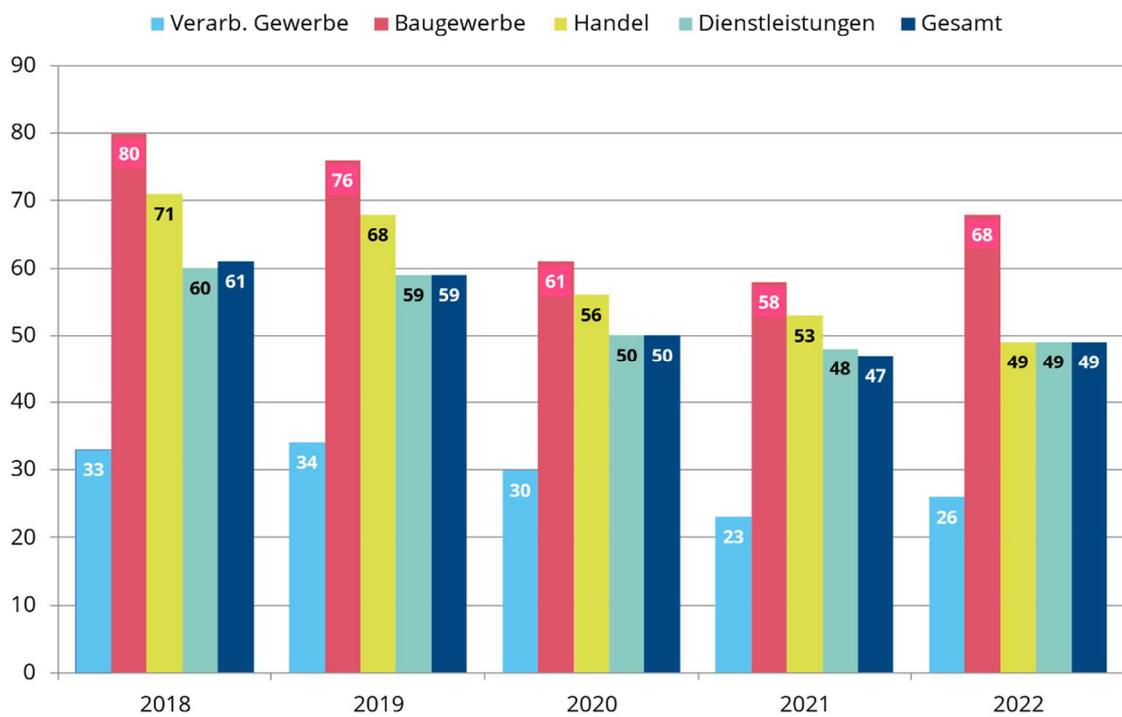


\*) Index (2006 = 100)

Die gesamtwirtschaftliche Insolvenzquote ist auf 49 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen gestiegen. Zum Vergleich: Vor einem Jahr waren es 47 Insolvenzen je 10.000 Unternehmen. Damit geht der Trend einer jahrelang stetig verbesserten Unternehmensstabilität vorläufig zu Ende. Die steigenden Insolvenzzahlen

und -quoten sind auch Ausdruck der multiplen Krisensituation, der die deutsche Wirtschaft zuletzt ausgesetzt war. Die Insolvenzquote, gemessen an der Zahl der Insolvenzen je 10.000 Unternehmen, war nur im Handel weiter rückläufig – allerdings nur leicht. Die höchste Insolvenzquote weist das Baugewerbe auf (Insolvenzquote: 68). Im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich die Insolvenzquote binnen eines Jahres von 23 auf 26 Insolvenzen je 10.000.

**Abb. 4: Insolvenzquoten nach den Hauptwirtschaftsbereichen in Deutschland \*)**



\*) Anzahl Insolvenzen je 10.000 Unternehmen

Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik

Zu den stark risikobehafteten Branchen<sup>1</sup> in Deutschland zählten im Jahr 2022 Abbruchunternehmen (Insolvenzquote: 542), gefolgt von Wach- und Sicherheitsdiensten (507).

**Tab. 7: Risikobehaftete Branchen 2022 („Top Ten“)**

■	Anzahl gefährdeter Betriebe je 10.000 Unternehmen
Abbrucharbeiten	542
Private Wach- und Sicherheitsdienste	507
Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	486
Gastronomie	471
Hochbau	420
Postdienste von Universaldienstleistungsanbietern	398
Dämmung gegen Kälte, Wärme, Schall und Erschütterung	347
Allgemeine Gebäudereinigung	344
Erbringung von Dienstleistungen für den Verkehr a. n. g.	343
Sonstige Überlassung von Arbeitskräften	329

In die Analyse einbezogen wurden nur Branchen mit mehr als 1.000 Betrieben. Quelle: Creditreform Datenbank

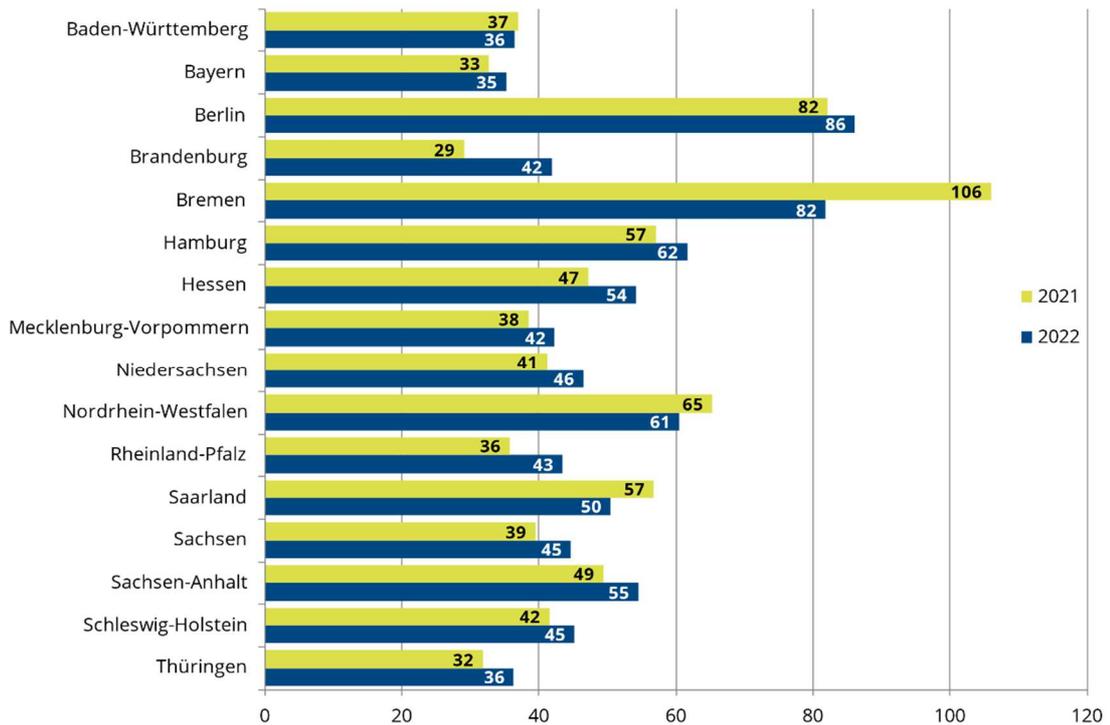
## 1.7 Regionale Insolvenzentwicklung

Die Insolvenzbetroffenheit weist deutliche regionale Unterschiede auf. Auf der Ebene der Bundesländer reicht die Spanne der Insolvenzquoten (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) von 86 in Berlin bis 35 in Bayern. Deutlich über dem Durchschnitt liegt die Insolvenzquote auch in Bremen. Vergleichsweise gering ist die Insolvenzbetroffenheit der Unternehmen zudem in Thüringen und Baden-Württemberg. Regionale Branchenstrukturen sowie auch unterschiedliche Altersstrukturen der Unternehmen dürften für diese Unterschiede mit verantwortlich sein.

*Hohe Insolvenzquote in Berlin*

<sup>1</sup> Das entspricht dem Creditreform Bonitätsindex 500 (mangelhafte Bonität) und 600 (ungenügende Bonität).

Abb. 5: Insolvenzquoten nach Bundesländern



\*) Anzahl Insolvenzen je 10.000 Unternehmen

Quelle: Creditreform Wirtschaftsdatenbank u. Umsatzsteuerstatistik

## 1.8 Großinsolvenzen

Die Insolvenzentwicklung im Jahr 2022 war auch geprägt von Insolvenzen größerer Unternehmen. Einige prominente Namen wie der Warenhauskonzern Galeria Karstadt Kaufhof oder der Schuh-Filialist Görtz waren darunter. Im Vorjahr war das Insolvenzgeschehen noch deutlich kleinteiliger gewesen. Offenbar hat die aktuelle Energiekrise viele größeren und mittelgroße Firmen, die teilweise schon angeschlagen waren, getroffen. Auch dürfte die Corona-Zeit Nachwirkungen hinterlassen haben.

Ohne Zweifel eine der größten Firmeninsolvenzen des Jahres 2022 war die abermalige Insolvenz des europaweit größten Warenhauskonzerns **GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH** mit Sitz in Essen. Vorläufer des Unternehmens gehen bis ins 19. Jahrhundert zurück. Ende Oktober 2022 stellte das Unternehmen den Antrag auf ein Schutzschirmverfahren. Bereits im April 2020 hatte die Geschäftsführung des Unternehmens

beim Amtsgericht Essen einen solchen Antrag gestellt – damals unter dem Eindruck der Covid-19-Pandemie. Nach gut zwei Jahren erfolgt nun der abermalige Gang zum Insolvenzgericht. Im Zuge des aktuellen Verfahrens, das in Eigenverwaltung erfolgen soll, wird wohl das Filialnetz deutlich reduziert werden. Viele Standorte befürchten bei einer Schließung negative Auswirkungen auf die Attraktivität der innenstädtischen Lagen. Für einzelne Standorte soll es mittlerweile Interessenten geben. Der Konzern hat insgesamt rund 17.000 Beschäftigte.

Eine der größten Unternehmensinsolvenzen des bisherigen Jahres stellt die Pleite der Modekette **Orsay GmbH** aus Willstätt (Baden-Württemberg) dar. Im Januar 2022 begann das Insolvenzverfahren des 1975 gegründeten Unternehmens in Eigenverwaltung. Alle Ladengeschäfte des Modehändlers im Bundesgebiet mit rund 1.800 Mitarbeitern wurden zur Jahresmitte 2022 geschlossen, ebenso der Online-Shop.

Im September wurde für die **Ludwig Görtz GmbH**, Muttergesellschaft der Gruppe, ein Schutzschirmverfahren angemeldet. Für die Filial- und die Logistiktochter wurde jeweils ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung beantragt. Der Geschäftsbetrieb läuft zunächst uneingeschränkt weiter und die Gehälter werden durch die Bundesagentur für Arbeit gesichert. Der Schuhmodekonzern, der vor fast 150 Jahren gegründet wurde, hat ca. 1.800 Beschäftigte. Erklärt wird der Schritt zum Insolvenzgericht mit der enormen Kaufzurückhaltung der Verbraucher infolge von hoher Inflation und steigenden Energiepreisen.

Schon im März wurde für die **MV-Werften** in Wismar, Rostock und Stralsund das Insolvenzverfahren eröffnet. Der Schiffsbauer, der zum Tourismuskonzern „Genting Hong Kong“ gehört, beschäftigte an den Standorten in Mecklenburg-Vorpommern mehr als 2.000 Arbeitnehmer. Unter anderem werden bei den MV-Werften Kreuzfahrtschiffe gebaut. Das Unternehmen wurde zerschlagen und an verschiedene Investoren verkauft. Öffentliches Aufsehen erregte der

Schiffsbauer zuletzt, weil ein zum Großteil fertiggestelltes Kreuzfahrtschiff an den Walt-Disney-Konzern verkauft wurde.

**Tab. 8: Große Unternehmensinsolvenzen im Jahr 2022 („Top Ten“)**

■ Unternehmen	Geschäftszweck	Mitarbeiter
GALERIA Karstadt Kaufhof GmbH, Essen	Handelsgeschäfte und Dienstleistungen aller Art, die mit dem Betrieb von Einzelhandelsunternehmen, insbesondere dem Betrieb von Warenhäusern, zusammenhängen; Erbringung von Dienstleistungen an verbundene Unternehmen sowie alle damit im Zusammenhang stehenden Geschäfte	17.000
MV Werften Wismar GmbH, MV Werften Rostock GmbH, MV Werften Stralsund GmbH, Wismar	Betrieb von einer oder mehrerer Werften und Dockanlagen für den Schiffsbau/-umbau sowie die Reparatur	2.300
Dr. Schneider Kunststoffwerke GmbH, Kronach	Herstellung von Kunststofferezeugnissen aus thermoplastischem Material, hauptsächlich Autozubehörteile für namhafte Hersteller, eigener Formenbau in Kronach-Neuses;	2.000
Orsay GmbH, Willstätt	Einkauf, Herstellung und Vertrieb von Textilien im Groß- und Einzelhandel, vorwiegend junge Mode für Frauen, den dazugehörigen Accessoires, Vertrieb von Kosmetik sowie Handel über das Internet in eigenen Ladengeschäften und Boutiquen	1.830
Ludwig Görtz GmbH, Hamburg	Groß- und Einzelhandel mit Schuhen, Lederwaren, Textilien und verwandten Waren	1.800
Johann Borgers GmbH, Bocholt	Forschung, Entwicklung, Herstellung, Weiterverarbeitung, Vertrieb von und Handel mit Produkten für die Weiterverarbeitung in der Automobilindustrie und anderen Branchen sowie Entwicklung, Herstellung und Vertrieb von Werkzeugen für die Herstellung von Bauteilen für die Automobilindustrie	1.300
diwa Personalservice GmbH, München	Gewerbsmäßige Überlassung von Arbeitskräften und weitere Personaldienstleistungen; ferner Eingehen, Halten und Veräußerung von Beteiligungen an Unternehmen	1.090
xendis Versandlogistik GmbH, Essen	Erbringung von postalischen Dienstleistungen, Druck- und Lettershop-Arbeiten, Haushaltswerbung etc.	1.000
Hans Hess Autoteile GmbH, Köln	Großhandel mit Auto- und Konstruktionsteilen für den industriellen Bedarf	975
OfficeCentre GmbH, Hamburg	Handel in Großhandels- und Fachmärkten mit Waren aus den Bereichen Büro, Papier, Schreibwaren, Information, Organisation und Kommunikation	900

Quelle: Creditreform Datenbank

Im September meldete die **Dr. Schneider Kunststoffwerke GmbH**, ein Automobilzulieferer aus Kronach, Insolvenz an. Im Zuge des Verfahrens soll die Unternehmensgruppe mit bundesweit rund 2.000 Beschäftigten saniert werden. Die Produktion am Standort soll vorerst weiterlaufen. Das Unternehmen gehört zu den Marktführern für Produkte im Fahrzeuginnenraum. Als Gründe für die Schieflage nennt das Unternehmen auch die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie.

Mit der **Johann Borgers GmbH** kam es in der Branche zu einer weiteren Insolvenz. Der Autoteile-Zulieferer aus Bocholt hat weltweit 19 Standorte und beschäftigt in Deutschland rund 1.300 Mitarbeiter. Insolvenzanträge folgten auch für weitere Gesellschaften der Gruppe – beispielsweise für den Standort Krumbach. Das Unternehmen fertigt textile Innenausstattungen für Pkw wie Sitzlehnenverkleidungen sowie weitere Interieur-Verkleidungsteile. Als Ursache für die Schieflage wurden u. a. die gestiegenen, schwer kalkulierbaren Energiepreise und hohe Materialkosten genannt, die kurzfristig zu starken Ertrags- und Liquiditätseinbußen geführt haben. Zum Insolvenzverwalter ist der Düsseldorfer Rechtsanwalt Frank Kebekus bestellt worden.

Für den Autoteile-Händler **Hans Hess GmbH** mit Sitz in Köln konnte nach dem Insolvenzantrag im Februar und Sanierungsbemühungen kein Investor gefunden werden. Lediglich Teilbereiche der Unternehmensgruppe konnten veräußert werden. Insgesamt sind rund 1.000 Beschäftigte von der Insolvenz betroffen.

2022 kam es zu zahlreichen weiteren Insolvenzen in der Automobilzuliefererbranche. Eine Auswahl: Beissbarth GmbH, Formzeug GmbH & Co. KG, Heinz Schwarz GmbH & Co. KG, Ritter Leichtmetallguß GmbH, Borscheid + Wenig GmbH, Regensburger Druckgußwerk Wolf GmbH und BIA Kunststoff- und Galvanotechnik GmbH & Co. KG.

Im Rahmen einer übertragenden Sanierung wurde die **diwa Personalservice GmbH**, ein auf die Pädagogik und Industrie spezialisierter Personaldienstleister, an ein Tochterunternehmen der Topp Holdings GmbH veräußert. Der Dienstleister hatte ein Insolvenzverfahren in Eigenverwaltung begonnen. Die Unternehmensführung blieb damit unter der Aufsicht eines sogenannten (vorläufigen) Sachwalters verwaltungs- und verfügungsbefugt. Arbeitsplätze sollen weitgehend erhalten bleiben. Als Gründe für die Insolvenz wurden die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie sowie der aktuellen Ukraine-Krise genannt.

Anfang Juli endete das Insolvenzverfahren des Postdienstleisters **xendis Versandlogistik** aus Essen, nachdem der Sanierungsprozess abgeschlossen war. Die einstige Postcon NRW hatte im Zuge des Verfahrens und Rebrandings die betrieblichen Prozesse analysiert und neu strukturiert. Gute Marktchancen sieht das Unternehmen künftig bei kleinformatischen, briefkastenfähigen Sendungen. Knapp 1.000 Mitarbeiter sind für das Unternehmen tätig.

Im Januar stellte der Hamburger Büroartikelhändler **OfficeCentre GmbH** einen Insolvenzantrag. Da sich kein Investor fand, konnte das Unternehmen nicht fortgeführt werden. Betroffen von der Insolvenz sind deutschlandweit 50 Märkte und ca. 900 Mitarbeiter.

Weitere namhafte Insolvenzfälle des Jahres 2022 mit regionaler oder überregionaler Bedeutung waren u.a. Bodeta Süßwaren, Oschersleben, Hakle GmbH, Düsseldorf, Reformhaus Bacher GmbH & Co. KG, Düsseldorf, Spremberger Krankenhausgesellschaft mbH, Spremberg, Paracelsus-Klinik Reichenbach und Rosinke Personalservice GmbH, Berlin und Fußball-Drittligist Türkgücü München.

## ■ 2      **Sonderthema: Schuldentragfähigkeit und Zinswende**

Mit der schrittweisen Erhöhung der Leitzinsen beendete die Europäische Zentralbank (EZB) ihre jahrelange Niedrigzinspolitik. Dabei muss der Zentralbank der Spagat gelingen, der hohen Inflation entgegenzutreten, gleichzeitig aber auch die Konjunktur nicht gänzlich zum Erliegen zu bringen. Private Nachfrage und Unternehmensinvestitionen werden stark von den Kapitalmarktzinsen beeinflusst. Jahrelang konnten die deutschen Unternehmen ihre Finanzierung nicht nur mit den erwirtschafteten Gewinnen stemmen, sondern zudem günstiges Fremdkapital einsetzen. Diese Phase ist vorerst vorbei. Zudem könnte sich die Verschuldung der Vergangenheit nun als Bumerang erweisen.

Nun ist die bloße Höhe der Verbindlichkeiten allein noch nicht ausreichend für eine Gefährdungsbeurteilung. Die Frage lautet: Sind die Unternehmen unter den gegenwärtigen Bedingungen eines Wirtschaftsabschwungs bei gleichzeitiger restriktiver Geldpolitik in der Lage, ihren Kapitaldienst zu bedienen? Wie groß ist die Schuldentragfähigkeit?

Aktuell trifft ein deutlich steigendes Zinsniveau auf Gewinnwarnungen, Nachwirkungen der Corona-Zeit und die Energiepreiskrise. Vor allem fremdkapitalabhängige Unternehmen haben bereits mit einem hohen Zinsaufwand zu kämpfen. Erhöhungen des Zinsniveaus wirken sich deshalb bei diesen Unternehmen nochmals deutlich negativer aus als bei vorwiegend eigenkapitalfinanzierten.

Zu zahlende Zinsen müssen aus den laufenden Einnahmen finanziert werden und belasten als Aufwand die Liquidität eines Unternehmens. Untersucht wird im Folgenden der Zinsdeckungsgrad als Kennziffer, die den jährlichen Zinsaufwand infolge der Verbindlichkeiten dem operativen Ergebnis (EBIT) gegenüberstellt. Üblicherweise wird ein Zinsdeckungsgrad von mindestens 1 als notwendig erachtet. Werte un-

*Zinswende weitere Herausforderung für die Wirtschaft*

*Zinsdeckungsgrad untersucht*

ter 1 bzw. deutlich darunter werden als kritisch angesehen, da eine Erhöhung des Zinsniveaus Liquidität absorbiert und das Unternehmen in finanzielle Schieflage bringen kann.

Datenbasis für die Analyse sind die Jahresabschlüsse von etwa 6.000 deutschen Unternehmen in der Creditreform Bilanzdatenbank aus allen Wirtschaftsbereichen und Unternehmensgrößenklassen. Die Analyse beschränkt sich auf fremdfinanzierte Unternehmen. Dabei wurden die entsprechenden Werte für den operativen Gewinn (EBIT) und die Zinsaufwendungen über drei Jahre gemittelt, um „Ausreißerjahre“ zu glätten. Anschließend wurden die ermittelten Werte für den Zinsdeckungsgrad 2019 bis 2021 denen einer früheren Periode (2014 bis 2016) gegenübergestellt, um Veränderungen im Zeitablauf zu identifizieren.

Zunächst zur Ausgangslage: Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen waren im Betrachtungszeitraum 2019 bis 2021 durch Pandemiemaßnahmen und Materialengpässen zeitweise sehr ungünstig. Die Konjunktur, insbesondere im ersten Pandemiejahr 2020, war stark in Mitleidenschaft gezogen worden. Gleichzeitig hatten viele Unternehmen Kreditverpflichtungen aus konjunkturell besseren Zeiten zu bedienen.

So verwundert es nicht, dass für den Untersuchungszeitraum bei vielen Unternehmen ernste Schwachstellen zu konstatieren sind. Rund ein Fünftel (19,3 Prozent) der fremdfinanzierten Unternehmen in Deutschland weist demnach eine nicht ausreichende Schuldentragfähigkeit auf. Das heißt, zur Finanzierung der Kreditzinsen reicht der operative Gewinn allein nicht aus. So hatten die betreffenden Unternehmen im Untersuchungszeitraum entweder Verluste erwirtschaftet (Zinsdeckungsgrad negativ) oder die erwirtschafteten Erträge waren so gering, dass diese bei weitem nicht ausreichten, um die Fremdkapitalzinsen zu bedienen (Zinsdeckungsgrad positiv, aber niedriger als 0,5).

***Fast 20 Prozent der fremdfinanzierten Unternehmen mit Zahlungsproblemen***

**Tab. 9: Schuldentragfähigkeit deutscher Unternehmen**

■	Zinsdeckungsgrad					
	negativ	> 0 bis unter 0,5	0,5 bis unter 2,0	2,0 bis unter 5,0	5,0 bis unter 10,0	10,0 und höher
<b>Gesamtwirtschaft</b>	<b>16,5</b>	<b>2,8</b>	<b>11,6</b>	<b>19,0</b>	<b>14,9</b>	<b>35,2</b>
KMU *)	16,7	2,6	10,4	15,9	14,7	39,7
Großunternehmen **)	19,8	4,2	13,7	24,7	16,5	21,1
Verarb. Gewerbe	16,6	2,0	11,9	17,2	15,7	36,6
Baugewerbe	10,5	3,0	7,0	14,0	12,0	53,5
Handel	10,4	2,5	8,9	18,4	17,2	42,6
Dienstleistungen	20,2	3,5	11,8	20,6	12,9	31,0

Angaben in Prozent

\*) max. 43 Mio. Euro Bilanzsumme

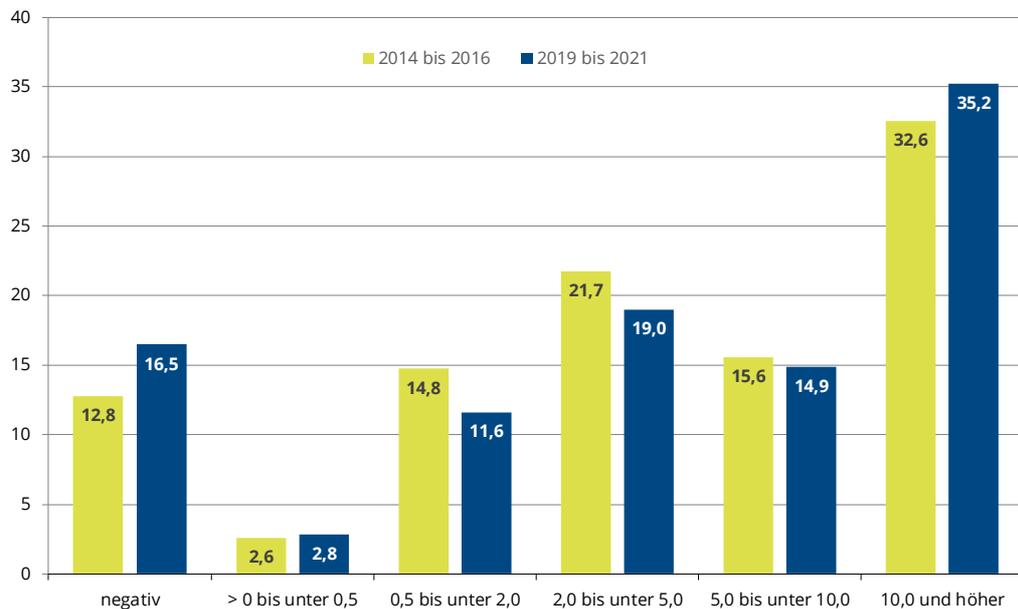
\*\*\*) über 500 Mio. Euro Bilanzsumme

Im Vergleich zur Vorperiode (2014 bis 2016) zeigt sich dabei ein Anstieg der Unternehmen mit einer negativen bzw. sehr geringen Zinsdeckung (plus 3,9 Prozentpunkte; vgl. Abb. 6). Auch als Folge der Corona-Pandemie sind teilweise die Gewinne (EBIT) eingebrochen bzw. vermehrt Fremdkapital zur Unternehmensfinanzierung aufgenommen worden. Bedenklich an dieser Entwicklung ist vor allem, dass die Kapitalzinsen erst im Laufe des Jahres 2022 kräftig gestiegen sind (Zinswende). Die Zinsdeckung dürfte sich damit bei Umschuldung bzw. neuer Kreditaufnahme weiter verschlechtern.

Andererseits lässt sich gleichzeitig eine Zunahme bei den Unternehmen mit einer hohen Schuldentragfähigkeit feststellen (Zinsdeckungsgrad 5,0 und größer). Dieser Anteil erhöhte sich gegenüber der Vorperiode auf 50,1 Prozent (2014 bis 2016: 48,1 Prozent). Dieser Befund verdeutlicht nochmals eine divergierende Entwicklung im deutschen Unternehmenssektor. Zum einen hatten sich Unternehmen in den letzten Jahren offenbar entschuldet und/oder hohe Gewinne erwirtschaftet, die den jährlichen Zinsaufwand deutlich überragten, zum anderen aber ist ein Teil der Unternehmen durch rückläufige Erträge und einen hohen Schuldenstand kaum mehr in der Lage, die fälligen Zinsen zu leisten. So ist ein hohes Potenzial für Unternehmenskrisen und Zahlungsausfälle in den kommenden Jahren erwachsen.

**Corona und Energiekrise beschleunigen divergierende Entwicklung**

**Abb. 6: Zinsdeckungsgrad der Unternehmen in Deutschland**



Angaben in Prozent

**Dienstleister stärker betroffen**

Bei einer Branchenuntergliederung des Unternehmenssektors erkennt man Unterschiede in der Schuldentragfähigkeit. Demnach weist vor allem das Dienstleistungsgewerbe (23,7 Prozent der Unternehmen) eine schlechte Schuldentragfähigkeit im Sinne eines hohen Anteils an Unternehmen mit einem niedrigen Zinsdeckungsgrad auf. Auch zwischen den Unternehmensgrößenklassen sind Unterschiede festzustellen; unter dem Strich ist die Zinsbelastung den Berechnungen zufolge bei kleinen und mittleren Unternehmen geringer.

Nun weist eine schwache Zinsdeckung allein noch nicht auf eine akute Unternehmenskrise hin. Es zeigt aber an, dass diese Unternehmen von Veränderungen am Fremdkapitalmarkt stark abhängig sind bzw. über einen gewissen Zeitraum kaum die notwendige Rentabilität besitzen, um sich zu refinanzieren. Unter den gegenwärtigen Bedingungen ist eine Verschärfung der Situation zu vermuten, insbesondere dann, wenn sich die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen – wie allgemein prognostiziert – weiter ver-

schlechtern. Auch ein weiterer Anstieg des Zinsniveaus würde die Schuldentragfähigkeit vieler Unternehmen weiter begrenzen.

### ■ 3 Zusammenfassung

Einschneidendes Ereignis für die deutsche Wirtschaft in diesem Jahr war sicherlich der Angriff Russlands auf das Nachbarland Ukraine. In der Folge gerieten die Energiemärkte in starke Turbulenzen mit teilweise explodierenden Preisen für Energieträger wie Gas und Öl. Die bereits bestehenden Inflationstendenzen verstärkten sich dadurch massiv und griffen auf nahezu alle Bereiche über. Entsprechend erhöhte sich die Kostenbelastung für Unternehmen und private Haushalte. Dabei war die Konjunktur zu Jahresbeginn nach der Corona-Zeit wieder angesprungen. Allerdings dürfte die Erholung nur kurz währen. Für das Winterhalbjahr 2022/2023 ist eine Rezession in Deutschland wahrscheinlich.

Das Insolvenzgeschehen reagiert naturgemäß verzögert auf diese externen „Schocks“. Dennoch zeichnet sich bei den Unternehmensinsolvenzen eine Trendwende ab. Erstmals seit Jahren war wieder ein Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen. Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen erhöhte sich um 4,0 Prozent auf 14.700 Fälle (2021: 14.130 Fälle). Im Vergleich der letzten 10 Jahre ist das aktuelle Insolvenzniveau bei den Unternehmen gleichwohl weiterhin niedrig.

Bei den privaten Verbrauchern waren die Fallzahlen nach einem massiven Aufwuchs im Vorjahr diesmal stark rückläufig. Der Effekt aus der Verkürzung der Restschuldbefreiung, der im Vorjahr die Zahlen nach oben trieb, ist mittlerweile verpufft. Im Jahresverlauf 2022 wurden 65.300 Verbraucherinsolvenzen gezählt. Das war ein Rückgang um 17,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr (2021: 78.920 Fälle) und entsprach in etwa dem Niveau der Jahre 2018/2019.

Die sonstigen Insolvenzen verringerten sich um 11,9 Prozent auf 24.800 Fälle (2021: 28.140), so dass im

Jahr 2022 in Deutschland insgesamt 104.800 neue Insolvenzen zu verzeichnen waren (2021: 121.190).

Mit einer Gesamtsumme von schätzungsweise 36 Mrd. Euro erreichten die Schäden für die Insolvenzgläubiger nicht das hohe Niveau des Vorjahres (2021: 51 Mrd. Euro). Mit durchschnittlich rund 2,5 Mio. Euro pro Unternehmensinsolvenz waren die finanziellen Schäden allerdings erneut hoch. Die Zahl der insolvenzbedingt bedrohten bzw. weggefallenen Arbeitsplätze lag über dem Vorjahresstand (2022: 175.000; 2021: 141.000).

Die Trendumkehr bei den Unternehmensinsolvenzen zeigt sich in den meisten Wirtschaftsbereichen. Ein deutlicher Anstieg der Insolvenzmeldungen war dabei im Verarbeitenden Gewerbe (plus 15,2 Prozent) sowie im Baugewerbe (plus 17,3 Prozent) zu verzeichnen. Allein im Handel waren die Insolvenzzahlen nochmals leicht rückläufig (minus 5,8 Prozent). Mit 8.450 Insolvenzen hatte das Dienstleistungsgewerbe den größten Anteil am Insolvenzgeschehen (57,5 Prozent). Gegenüber dem Vorjahr nahmen die Insolvenzzahlen hier leicht zu (plus 2,9 Prozent).

Zuwächse bei den Insolvenzzahlen gab es insbesondere bei großen Unternehmen mit mehr als 250 Beschäftigten. Prominente Beispiele sind GALERIA Karstadt Kaufhof und der Schuh-Filialist „Görtz“. Mit einem Anteil von über 85 Prozent machen allerdings Kleinstunternehmen (bis 10 Mitarbeiter) nach wie vor das Gros des Insolvenzgeschehens in Deutschland aus. Zuletzt war in dieser Größenklasse nur ein leichter Anstieg der Fallzahlen zu verzeichnen (plus 0,7 Prozent).

Auffällig war eine stärkere Betroffenheit von jüngeren Unternehmen (bis 10 Jahre alt). Der Anteil dieser Altersgruppe am Insolvenzgeschehen erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr von knapp 50 auf rund 57 Prozent. Über 20 Jahre alte Unternehmen machten 2022 17,1 Prozent des Insolvenzgeschehens aus (2021: 22,4 Prozent).

Erhöht hat sich der Anteil der GmbH am Insolvenzgeschehen. 38,3 Prozent aller registrierten Fälle wiesen die Rechtsform GmbH auf (2021: 37,6 Prozent). Diese Entwicklung korrespondiert mit dem Zuwachs der Insolvenzen im mittleren Unternehmenssegment, die häufig in dieser Rechtsform firmieren. Weiter erhöht hat sich auch der Anteil der UG (von 10,6 auf 11,4 Prozent).

Auf der Ebene der Bundesländer reicht die Spanne der Insolvenzquoten (Insolvenzen je 10.000 Unternehmen) von 86 in Berlin bis 35 in Bayern.

Angesichts einer sich abzeichnenden Rezession in Deutschland bei einer gleichzeitig restriktiven Geldpolitik der europäischen Zentralbank rückt die Schuldentragfähigkeit der Unternehmen zunehmend in das Blickfeld. Fremdfinanzierte Unternehmen müssen ihre Zinszahlungen aus den betrieblichen Erträgen bestreiten. Ein höherer Zinsaufwand infolge der Zinswende belastet die Finanzlage der Unternehmen entsprechend stark, zumal die Erträge aufgrund multipler Krisen (Energiepreiskrise, Rezession) erodieren.

So verwundert es nicht, dass für den Untersuchungszeitraum 2019 bis 2021 bei vielen Unternehmen ernste Schwachstellen zu konstatieren sind. Anhand der Kennzahl „Zinsdeckungsgrad“ auf Basis der Jahresabschlüsse von etwa 6.000 Unternehmen zeigt sich: Ein Fünftel (19,3 Prozent) der fremdfinanzierten Unternehmen in Deutschland weist eine nicht ausreichende Schuldentragfähigkeit auf. Das heißt, zur Finanzierung der Kreditzinsen reicht der operative Gewinn bei weitem nicht aus. Im Vergleich zur Vorperiode (2014-2016) ergibt sich ein Anstieg der betroffenen Unternehmen (plus 3,9 Prozentpunkte). Hierbei dürften auch negative Effekte der Corona-Krise eine Rolle spielen. Im Verbund mit jahrelangen Niedrigzinsen für Fremdkapital ist ein hohes Potenzial für Unternehmenskrisen und Zahlungsausfälle erwachsen, dass sich in den kommenden Jahren in der Insolvenzstatistik niederschlagen könnte.

Verantwortlich für den Inhalt:

Creditreform Wirtschaftsforschung  
Hammfelddamm 13, D - 41460 Neuss  
Leitung: Patrik-Ludwig Hantzsch  
Telefon: (02131) 109-172  
E-Mail: [p.hantzsch@verband.creditreform.de](mailto:p.hantzsch@verband.creditreform.de)  
Internet: [www.creditreform.de](http://www.creditreform.de)

Alle Rechte vorbehalten

© 2022, Verband der Vereine Creditreform e.V.,  
Hammfelddamm 13, 41460 Neuss

*Ohne ausdrückliche Genehmigung des Verbandes der Vereine Creditreform e.V. ist es nicht gestattet, diese Untersuchung/Auswertung oder Teile davon in irgendeiner Weise zu vervielfältigen oder zu verbreiten. Lizenzausgaben sind nach Vereinbarung möglich. Ausgenommen ist die journalistische und wissenschaftliche Verbreitung.*

Neuss, 13. Dezember 2022



